

OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Die deutsch-chinesischen Beziehungen im Berichtszeitraum

a) Delegationen

Am 8. Juli eröffnete die Lufthansa ihre neue Linie von Frankfurt nach Peking, die sie künftig einmal wöchentlich befliegen wird. Sie knüpfte damit an eine alte Tradition an, die bis ins Jahr 1926 zurückreicht, als die Luft-hansa von Berlin aus eine Ostasien- Expedition mit zwei Junckers-Flugzeugen unternommen hatte. Mit dem ersten Flugzeug traf eine 33köpfige Delegation ein, an deren Spitze der Präsident des deutschen Bundestags, Richard Stücklen, stand. Die Delegation absolvierte ein Besuchsprogramm nach typisch touristischem Muster (Große Mauer, Ming- Gräber, Sommerpalast, Him-melsaltar, Palastmuseum usw.) (XNA, 11.7.80); anschließend besuchte man Shanghai und Hang-zhou.

Für den 8. August ist ein zweiwöchiger Besuch des Bundeswirtschaftsministers Lambsdorff in China geplant, der dort vom 11. bis 13. August auf deutscher Seite die Gemischte Regierungs-kommission leiten wird, die nach den Vereinba-rungen vom Oktober 1979 jährlich stattfindet.

b) Die Volkszeitung (RMRB, 3.7.80) lobt die Rede des Bundeskanzlers in Moskau, in der die-ser u.a. den Rückzug aller Truppen aus Afghanis-tan verlangt hatte. An gleicher Stelle wird auch darauf hingewiesen, daß TASS die "Unver-schämtheit besessen" habe, die entsprechende Passage in der sonst vollständig abgedruckten Rede auszulassen.

c) Chinas Außenhandel hat sich von 1977 auf 1979 verdoppelt, und zwar auf 29,3 Mrd. US\$. Dabei stieg die Ausfuhr 1979 auf 13,6 (9,9) und die Einfuhr auf 15,6 (11,1) Mrd. US\$. Größte Exporteure nach China sind Japan mit 3,6, die USA mit 1,7 und die Bundesrepublik mit 1,49 Mrd. US\$.

Im Berichtszeitraum standen die Firmen Hoechst und Melchers im Vordergrund: Der Frankfurter Chemiekonzern Hoechst informiert z.Zt. Fachleu-te der chinesischen Landwirtschaft über Pflan-zenschutz, und zwar wird die Wirksamkeit von Chemikalien unter chinesischen Boden-, Klima- und Anbauverhältnissen bei Weizen-, Reis-,

Zuckerrüben- sowie Baumwollkulturen unter-sucht.

Am 1. Juli unterzeichneten die National Arts and Crafts Import & Export Corp. und die Bremer Firma Melchers ein Protokoll, durch das ein "China Jewellery Co., Ltd." errichtet wird. Dies ist nach Angaben von Xinhua (XNA, 2.7.80) das erste im Ausland errichtete Joint Venture. Das neue Gemeinschaftsunternehmen kann Verträge über den Verkauf einschlägiger Produkte aushan-deln und unterzeichnen, darf ferner Zuchtperlen im Namen der Shanghai- und Jiangsu-Filialen verkaufen und Halbedelsteine im Namen der Pe-kinger Juwelen-Filiale einkaufen. Die beiden Partner bringen je 50% der Investitionsmittel ein und entsenden jeweils auch einen Verwal-ter.

Vom 4. bis 13. September 1980 soll in Bonn eine Sitzung der deutsch-chinesischen Arbeitsgruppe "Land- und Ernährungswirtschaft" stattfinden. Es ist dies die zweite Zusammenkunft der Ar-beitsgruppe nach ihrer Entstehung in Peking Ende vorigen Jahres. Am Rande soll auch ein Sprechtag für interessierte deutsche Firmen eingerichtet werden, der der Kontaktaufnahme dient.

d) Anlässlich des Besuchs einer chinesischen Delegation bei der Organisation der Frankfurter Buchmesse wurde der chinesische Wunsch zum Aus-druck gebracht, mehr deutsche Bücher zu impor-tieren und chinesische in die Bundesrepublik zu exportieren. Die Chinesen haben am meisten Interesse an wirtschaftlicher und sozialwissen-schaftlicher Literatur. Seit 1975 nimmt die Volksrepublik wieder an der Frankfurter Buch-messe teil.

Am 29. Juli gab das Nonett der Berliner Philhar-moniker ein Konzert in Shanghai vor einem Pu-blikum von 1.500 Zuhörern (XNA, 30.7.80).

e) "Volksdiplomatisches"

Die beiden Pandabären, die der chinesische Staats- und Parteichef Hua Guofeng während sei-nes Deutschlandbesuchs im Oktober 1979 dem deutschen Bundeskanzler als Geschenk in Aus-sicht stellte, sollen dem Zoologischen Garten in Berlin übergeben werden. Regierungssprecher Bölling erklärte dazu, daß mit den bambusfres-senden Bären "keine Verstärkung der Bundesprä-

senz" in Berlin verbunden sei und daß die Bundesregierung damit auch nicht die "chinesische Karte" ausspiele (FAZ, 19.7.80).

-we-

WESTEUROPA

(2) Beziehungen zu Portugal

Nachdem China und Portugal im Februar 1979 diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, kommt es nun zu einer dichteren Verknüpfung des beiderseitigen Netzes. Man ist sich über den politischen Status von Macao einig geworden (Näheres hierzu C.a., Juni 1980, 0 59) und hat nunmehr - anläßlich des Besuches des portugiesischen Ministers für Handel und Tourismus vom 30. Juni bis 5. Juli - ein Handelsabkommen abgeschlossen, nach dem Portugal an China Papier, Pulpe, chemische Produkte, Düngemittel und Schiffstechnologie liefern werde, wohingegen China an Portugal Maschinen und Werkzeuge verkaufe (Radio Lissabon in SWB, 8.7.80).

Mitte Juli besuchte der Generalsekretär der portugiesischen Sozialistischen Partei und frühere Ministerpräsident Portugals, Mario Soares, die VR China, fand bei seinen Gesprächen mit den meisten Politikern, u.a. mit Li Xiannian, Übereinstimmung in den wichtigsten internationalen Fragen und kam auch zu dem Ergebnis, daß zwischen China und Portugal hinsichtlich Macaos "keine Probleme" bestünden (AFP in SWB, 22.7.80).

-we-

(3) Eurokommunismus: Versöhnung nun auch mit der KP Spaniens?

Nachdem der Besuch des KPI-Vorsitzenden Enrico Berlinguer bereits zu einer Normalisierung der KPCh mit der italienischen KP geführt hatte (Näheres dazu C.a., April 1980, S.305 ff.), kommt es nun auch möglicherweise zu einer Annäherung der KPCh an die KP Spaniens. Anfang Juli überreichte eine Delegation der Kommunistischen Jugend Spaniens in Peking eine Botschaft des Generalsekretärs der spanischen KP, Santiago Carrillos, an die KPCh mit dem Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Parteien. Der Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen der KPCh erklärte im Gegenzug, daß die chinesische Seite an einer solchen Entwicklung grundsätzlich ebenfalls interessiert sei. Es wird nun erwartet, daß Santiago Carrillo im Herbst 1980 zu einem offiziellen Besuch nach China kommt (Tanjung, 16.7.80).

-we-

NORDAMERIKA

(4) Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Carter und Ministerpräsident Hua Guofeng

Am 10. Juli trafen sich der amerikanische Präsident und der chinesische Ministerpräsident am Rande der Beerdigungsfeierlichkeiten für den verstorbenen japanischen Ministerpräsidenten Ohira im Okura-Hotel (Tokyo) zu einem einstündigen Gespräch, an dem auf chinesischer Seite bezeichnenderweise noch Han Nianlong teilnahm, der als stellvertretender Außenminister die beiden Verhandlungsrunden mit Hanoi leitete (XNA, 10.7.80). Damit hatten die Chinesen von vornherein deutlich gemacht, in welcher Richtung die Gespräche verlaufen sollten. Auf amerikanischer Seite nahmen neben dem Präsidenten noch Außenminister Muskie sowie der Sicherheitsberater des Präsidenten, Brzezinski, teil, von dem bekannt ist, daß viele seiner außenpolitischen Ansichten den chinesischen Vorstellungen nahekommen. Xinhua (ebenda) hebt hervor, daß man sich über die friedensgefährdenden Entwicklungen in "Südwestasien" (gemeint ist das Afghanistan-Problem) und "Indochina" sowie in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen einig gewesen sei. Es hat fast den Anschein, daß Washington zu keinem anderen Staat heute so ungetrübte Beziehungen unterhält wie zu Peking. Differenzen bestehen allerdings in der Südkorea-Frage sowie in der Stellungnahme zum Pol-Pot-Regime. Da man jedoch die Gemeinsamkeiten maximalisieren und die Differenzen minimalisieren wollte, dürften diese Fragen kaum eine Rolle gespielt haben. Die USA sind den Chinesen sowohl in politischer als auch in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht hochwillkommene Partner. Da China inzwischen auch Japan aufgefordert hat, sich militärisch stärker im anti-hegemonistischen Sinne zu engagieren und da es auch um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Japan und China bestens bestellt ist, ergibt sich zwischen den drei pazifischen Mächten eine ungewöhnlich dichte Interessengemeinschaft, die von Moskau wohl nicht zu Unrecht als antisowjetische Dreierallianz beargwöhnt wird. Es ist anzunehmen, daß diese Dreiergemeinschaft auch das Gipfelgespräch beschäftigt hat. Möglicherweise ist auch die gemeinsame Hilfe an Thailand zur Sprache gekommen, die beiden Seiten angesichts der vietnamesischen Übergriffe erforderlich erscheint. Nachdem die USA sich bereits bei früheren Verhandlungen dazu bereit erklärt hatten, den Chinesen Militärgüter zu liefern, wird die gemeinsame antisowjetische Ausrichtung der beiden Staaten immer spürbarer. Wie Senator Byrd bei einem Besuch Pekings am 8. Juli betonte, wird diese Interessengemeinschaft auch nicht durch den Ausgang der Präsidentschaftswahlen beeinträchtigt. Es gebe eine "amerikanische Öffentlichkeit", die auf eine Fortsetzung des einmal eingeschlagenen Kurses dringe. Wörtlich: "Wir haben den Rubikon hinsichtlich der Norma-

lisierung überschritten und die Brücken hinter uns verbrannt." In den USA gehe man davon aus, daß ein stärkeres China auch mehr Stabilität in der Region Asien garantiere (XNA, 9.7.80).
-we-

ASIEN

(5) Verstärkte Einbürgerung der Auslandschinesen in Indonesien?

Die indonesische Provinz West-Kalimantan hat Ende Juni insgesamt 131.115 Einbürgerungszertifikate an ethnische Chinesen ausgegeben, die dort vor allem in den Küstenregionen leben. West-Kalimantan folgt damit als zweite Region der Hauptstadt Djakarta, welche Ende Juni bereits 54.811 neue Einbürgerungszertifikate erteilt hatte. Dieses "Naturalisierungsprogramm" läuft seit Februar 1980 (AFP in SWB, 16.7.80). Schon 1955 war zwischen China und Indonesien ein Abkommen über die Vermeidung von Doppelstaatsangehörigkeiten abgeschlossen worden, das allerdings in der Praxis nur ein schwaches Echo fand. In Indonesien leben rund 3 Millionen Auslandschinesen, deren Status z.T. bis heute ungeklärt ist.
-we-

(6) Chinesischer Außenminister in Thailand

Vom 6. bis 10. Mai besuchte Außenminister Huang Hua Bangkok. Offensichtlich kam man dort in fast allen beide Staaten berührenden Problemen zu einer nahtlosen Übereinstimmung.

- Ursache des Flüchtlingsproblems: der vietnamesische Angriff auf Kampuchea

- Schlüssel zur Lösung aller kambodschanischen Probleme: der Abzug der vietnamesischen Truppen; keine Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes in Phnom Penh. Die Regierung müsse vom kambodschanischen Volk selbst gewählt werden.

- Gemeinsame Teilnahme an der Genfer Indochina-Konferenz

- Wahrscheinlich waren sich beide auch darüber einig, daß von Vietnam gegenwärtig keine Angriffsgefahr auf Thailand ausgehe. Im übrigen hatte Deng Xiaoping bereits am 28. Oktober 1979 in Peking erklärt, daß China auf der Seite Thailands stehe, falls dieses von Vietnam angegriffen werde. Wahrscheinlich dachte er dabei an einen zweiten "Erziehungsfeldzug" im Bereich Nordvietnam oder Laos.

- Einig war man sich vermutlich ferner über die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung der USA in die Verteidigung Thailands. Noch Anfang März hatten sechs Schiffe der 7. US-Flotte, von der Subic-Basis der Philippinen kommend, vor

Phatthaya geankert und dabei "Flagge gezeigt".

- Beide betrachten die Kampuchea- und die Afghanistan-Frage als ein zusammengehöriges Ganzes (XNA, 9.5.80). Beide sind interessiert an einem unabhängigen, neutralen und blockfreien Kampuchea als Voraussetzung für Frieden und Stabilität in Südostasien (ebenda). Der Beschluß der UNO-Generalversammlung Nr. 34/22 sowie die gemeinsame Erklärung der ASEAN- und EG-Staaten von Kuala Lumpur, abgegeben am 7. März 1980, müßten von den Vietnamesen unbedingt durch Rückzug ihrer Truppen aus Kambojscha honoriert werden.

- Beide Parteien stimmten darin überein, daß eines der nächsten Ziele der Sowjetunion die Malakka-Straße sei (SWB, 12.5.80). Sie zeigten sich besorgt darüber, daß die Sowjetunion im Jahre 1979 Öltanker und 300 Schiffsladungen nach Vietnam entsandt hat. Die Sowjetunion benutze Basen in Camranh und Danang und bedrohe damit u.a. auch Thailand und China (AFP in SWB, 12.5.80).

- Beide Seiten unterzeichneten am 9. Mai ein Zivillufttransport-Abkommen, das die Basis für eine reguläre Direktverbindung zwischen beiden Ländern bilden soll (XNA, 10.5.80).

- Besonders wichtig dürfte es für Thailand sein, daß China inzwischen den China-freundlichen Flügel der thailändischen KP nicht mehr gegen Bangkok unterstützt, sondern diesen stattdessen sogar zur Kooperation aufgerufen hat. Ungemein bezeichnend ist eine Sendung der "Stimme des Volkes von Thailand", die bereits seit Mitte 1979 ihre Anti-Bangkok-Sendungen eingestellt hatte und die nun einen Aufruf über die "Stimme der Malaiischen Revolution" herausgab, daß "Bangkok kein zweites Kabul" werden dürfe. Vietnam habe sich zum "Lakaien" der sowjetischen Expansionisten erniedrigen lassen (in SWB, 19.2.80). An dieser Stelle wird nun deutlich, daß die noch vor einigen Monaten so einheitlich erscheinende kommunistische Bewegung Thailands sich aufgesplittert hat. Unabhängig von solchen Sendungen gehen nämlich die regierungsfeindlichen Angriffe im Süden Thailands weiter. Terroristen der Pattani United Liberation Organization sprengten am 26. April einen Zug in die Luft (Bangkok Post in SWB, 15.5.80). Am 3. Mai kam es zu einem dreistündigen Feuergefecht zwischen Aufständischen und Regierungstreitkräften (Bangkok Post in SWB, 15.5.80). Aus diesem Grunde sehen sich die Thais und Malaysier auch gezwungen, ihr gemeinsames "Border Committee" zur Bekämpfung der Kommunisten aufrechtzuerhalten, die dort vor allem immer wieder an der Infrastruktur Schäden anrichteten. 68% der Aufständischen im thailändischen Südbereich seien Leute chinesischer Herkunft (AFP in SWB, 15.5.80). Auf diese südlichen "Terroristen" hat China offensichtlich keinen Einfluß (mehr).

- Einig waren sich beide Parteien auch darüber, daß sie keine Mannschaften zu den Olympischen

Spielen nach Moskau entsenden wollten. Thailand war damit nach den Philippinen, Malaysia und Singapur das vierte ASEAN-Land, das sich zum Boykott entschloß (XNA, 17.5.80).

Wenige Tage nach dem chinesischen Außenminister traf der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach in Bangkok ein. So sehr sich Bangkok mit den Chinesen einig gewesen war, so sehr zeigten sich nun bei der Verhandlung mit dem vietnamesischen Vertreter Differenzen.

- Bangkok stellte klar, daß es die Heng-Samrin-Regierung nicht anerkenne; darüber müsse das kambodschanische Volk selbst entscheiden.

- Außerdem müßten sich die vietnamesischen Truppen gemäß dem UNO-Beschluß zurückziehen.

- Was schließlich den Vorschlag der Errichtung einer "Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität" anbelangt, so sei diese Frage von sekundärer Bedeutung. Es sei hauptsächlich Vietnam, das durch seinen Einmarsch nach Kambodscha den Frieden und die Stabilität gestört habe. Ohne die Lösung der Kambodscha-Frage also auch keine Friedenszone!

- Schließlich beschwerten sich die Thais noch einmal über das Überfliegen ihres Gebietes durch russische Flugzeuge.

- Auch der Beschluß der vietnamesischen Regierung, nicht an der Kambodscha-Konferenz in Genf teilzunehmen, mußte die ohnehin schon schlechte Gesprächsstimmung noch mehr verdüstern.

- Einer der wundesten Punkte schließlich dürfte die Flüchtlingsfrage gewesen sein, von der Thailand immer mehr gewürgt wird (Einzelheiten in SWB, 21.5.80). Die prochinesische Stimmung in Thailand dürfte auch dadurch nicht beeinträchtigt worden sein, daß Hanoi den Thais nochmals vor Augen hielt, daß China einen gegen Bangkok gerichteten Partisanensender eingerichtet hat, daß es die thailändische KP systematisch gegen Bangkok unterstütze, daß es bereits 1954 eine Karte herausgegeben habe, auf der neben den drei indochinesischen Staaten auch Thailand, Malaysia, Singapur, die Philippinen und Indonesien als chinesisches Territorium bezeichnet worden waren, daß es 1965 am Septemberaufstand in Indonesien teilgenommen habe und daß es 1968 (in Wirklichkeit muß es 1969 heißen!) den Aufstand in Malaysia unterstützte. Hätten schließlich nicht Li Xiannian, Deng Xiaoping und Huang Hua immer wieder betont, daß sie die Unterstützung maoistischer Organisationen in Südostasien keineswegs einstellen wollten? (Radio Hanoi in SWB, 13.5.80)

-we-

(7) China stellt sich anlässlich des thailändisch-kambodschanischen Grenzkonflikts hinter Bangkok

Vom 23. bis 25. Juni 1980 kam es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen kambodschanisch/vietnamesischen und thailändischen Truppen, die z.T. auf thailändisches Gebiet hinübergriffen. Einzelheiten hierzu im Indochina-Thema.

-we-

SÜDPAZIFIK

(8) Hua sieht schwarz für Fraser

Eine diplomatische Meisterleistung vollbrachte Chinas scheidender Ministerpräsident Hua Guofeng, als er kurz vor der Trauerfeier für den verstorbenen japanischen Ministerpräsidenten Ohira mit dem australischen Premierminister Malcolm Fraser zusammentraf. "Wie geht es Ihnen?" fragte Hua den australischen Premier. "Sehr gut!" antwortete Fraser. Darauf Hua: "Genau das hat mir Herr Ohira auch gesagt, als ich ihn das letzte Mal traf." (The Strait Times, 11.7.80)

-sch-

(9) Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem neuen südpazifischen Staat Kiribati

Kiribati ist ein Archipel, bestehend aus rund 300 kleineren Inseln in einem 5 Mio.qkm großen Gebiet im südlichen Pazifik, der im Koordinatenkreuz des Äquators und gleichzeitig der Datumsgrenze liegt. Die frühere britische Kolonie hat am 12. Juli 1979 ihre Unabhängigkeit erlangt. Am 25. Juni 1980 tauschte der chinesische Botschafter auf Fidschi in der Hauptstadt des neuen Staates, Tarawa, Noten über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus.

Etwas komisch wirkt der Kommentar der RMRB vom 29. Juni, in dem es heißt, daß China und Kiribati, obwohl sie geographisch weit voneinander entfernt seien, doch "freundliche Gefühle gegeneinander" hegten. Alle Staaten, ob groß oder klein, seien nach chinesischer Auffassung gleichberechtigt.

Diplomatische Beziehungen bestehen nunmehr zu folgenden Ländern des südpazifischen Raums: Australien, Neuseeland, Westsamoa und Fidschi, den Solomoninseln und Kiribati. Im Juni hatte der Ministerpräsident von Westsamoa die Volksrepublik besucht und war dort mit allen Ehren empfangen worden, u.a. von Hua Guofeng (20.6.80). Zu dem neuerwachten Interesse Chinas am südpazifischen Raum vgl. Oskar Weggel, "China im Südpazifischen Raum", C.a., Mai 1980,

S.412 ff. China treibt eine Politik der Abwehr gegenüber potentiellen Versuchen der Sowjetunion, im Pazifik Basen zu gewinnen.
-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(10) Die Internationale Frauenkonferenz und die Stellung der Frau in China

Kang Keqing, die Leiterin der chinesischen Delegation bei der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen, betonte in einer Rede am 15. Juli, daß China sich seit dem letzten Frauenskongreß in Mexico City (1950) nach Kräften bemüht habe, die Stellung der Frau in seinem eigenen Lande zu verbessern. Frauen seien am V. Nationalen Volkskongreß im Jahre 1978 mit 741 Delegierten (21,2%) repräsentiert gewesen. In den "60.000 ländlichen Volkskommunen" des Landes (normalerweise ist immer nur von 50.000 Kommunen die Rede) seien 10.000 Frauen als Direktoren oder stellvertretende Direktoren beschäftigt. Arbeiter- und Angestelltenpositionen seien zu 33% von Frauen ausgefüllt. In Hochschulen und Universitäten seien Frauen zu 25,2% am Lehrpersonal beteiligt. Ein Drittel des wissenschaftlichen und technischen Personals in China seien Frauen.

Die chinesische Regierung fördere die Allchinesische Frauenföderation und rufe auch alle Frauen auf, am nationalen Aufbau teilzunehmen (XNA, 16.7.80). China unterstütze das Aktionsprogramm für die zweite Dekade (1981-85). Anschließend kam Kang noch auf die Bedrohung des Weltfriedens durch den Hegemonismus in Afghanistan und Kambodscha zu sprechen, begrüßte den Sieg des Volkes von Simbabwe, sprach sich gegen den Rassismus und die Apartheid in Südafrika aus und erklärte, daß China die Palästinenser bei ihrem Kampf gegen das "aggressive und expansionistische Israel" unterstütze.

Am 17. Juli unterzeichnete China offiziell die "Konvention über die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen", die von der UNO-Generalversammlung bereits am 18. Dezember 1979 angenommen worden war und die in Kraft tritt, sobald sie von zwanzig Staaten unterzeichnet ist. China unterzeichnete als zehnter Staat (XNA, 18.7.80).
-we-

(11) Zusammenarbeit mit WHO

Elf chinesische Forschungszentren sind für eine Zusammenarbeit mit der Weltgesundheitsorganisation im Rahmen eines Abkommens mit dem Ministerium für Gesundheit ausgesucht worden. Es handelt sich dabei u.a. um das Institut für medizinische Biologie und das Institut für Virologie

der Chinesischen Akademie für medizinische Wissenschaften sowie um das Institut für Parasitenkrankheiten, das Institut für Krebsforschung Shanghai und das Institut für Entomologie, Insektentoxologie und Physiologie der Akademie für medizinische Wissenschaften (XNA, 25.6.80).

Ende Juni fand in Shanghai ein fünftägiges Symposium der Weltgesundheitsorganisation statt, an dem u.a. Vertreter aus Bangladesch, Malaysia, Portugal, Sri Lanka, Sudan, Südjemen und China teilnahmen (XNA, 29.6.80).

-ma-

(12) Eishockey-Weltmeisterschaft "C" in Peking

Die nächsten Weltmeisterschaften im Eishockey der Kategorie "C" (Mannschaften der dritten Kategorie) werden im März 1981 in Peking stattfinden. Dieser Beschluß wurde von der internationalen Eishockey-Föderation im Juni während eines Kongresses in Schweden gefaßt (XNA, 17.7.80).

-ma-

(13) Wiederaufnahme in die FIFA

Ein Kongreß des Internationalen Fußballverbandes FIFA hat die Wiederaufnahme des chinesischen Fußballbundes in die internationale Organisation beschlossen. Gleichzeitig beschloß die FIFA, daß die Fußballer Taiwans als "Chinesischer Fußballbund Taipeh" weiterhin Mitglied der FIFA bleiben könnten. Der chinesische Fußballbund war 1958 aus der FIFA ausgeschieden, als die FIFA Taipeh anerkannt hatte (XNA, 8.7.80).

-ma-

INNENPOLITIK

(14) Die Volksrepublik China vor der 6. Plenartagung des XI-ZK der KPCh und der 3. Tagung des V.NVK

Anfang August 1980 wird das XI. Zentralkomitee der KPCh wahrscheinlich zu seiner 6. Plenartagung zusammentreten, um die 3. Tagung des V.NVK (das chinesische "Parlament"), die Ende August beginnen wird, vorzubereiten. U.a. wird das ZK gemäß Art. 22, Abs. 4 der Verfassung dem Nationalen Volkskongreß Zhao Ziyang anstelle von Hua Guofeng als neuen Ministerpräsidenten vorschlagen - es sei denn, die kommende NVK-Tagung würde eine Verfassungsänderung beschließen, derzufolge das ZK nicht mehr das Recht hat, den Ministerpräsidenten vorzuschlagen. In einem solchen Fall wäre der Zusammentritt des ZK zu einer Plenartagung vor der 3. Tagung des V.NVK nicht unbedingt notwendig. Weitere Themen der